

Körner, Heiko

Article — Digitized Version

Die Integration der ausländischen Jugendlichen: Arbeitsmarktpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Körner, Heiko (1978) : Die Integration der ausländischen Jugendlichen: Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 11, pp. 569-572

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135254>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Integration der ausländischen Jugendlichen

Heiko Körner, Darmstadt

In zunehmendem Maße drängen ausländische Jugendliche, die sog. Zweite Ausländergeneration, in das Bildungssystem und auf den Arbeitsmarkt. Prof. Körner umreißt die damit verbundenen Probleme und macht deutlich, daß hier eine „gesellschaftliche Zeitbombe“ verborgen liegt.

Die relative Stabilisierung der Lage auf dem Arbeitsmarkt, die teilweise auf die Verbesserung der weltwirtschaftlichen Lage, aber auch auf die seit einiger Zeit wieder expansiv wirkende Binnenwirtschaftspolitik zurückzuführen ist, läßt die Schwierigkeiten bestimmter Gruppen, die Arbeitskraft anbieten, um so deutlicher hervortreten. Zwar ist das Konzept der strukturellen Arbeitslosigkeit theoretisch noch umstritten und infolge von Daten- und Meßproblemen empirisch nicht eindeutig zu belegen¹⁾. Die Entwicklung der partiellen Arbeitslosenquoten etwa der Frauen, der Jugendlichen, der schlecht ausgebildeten, gesundheitlich behinderten wie auch älteren Arbeitnehmer, die in der letzten Zeit immer stärker von der globalen Arbeitslosenquote abweichen, zeigt jedoch, daß tatsächlich gruppenspezifische Beschäftigungsprobleme existieren, die durch Mittel der globalen Arbeitsmarktpolitik nicht bewältigt werden können. Die Arbeitsmarktpolitik bedient sich deshalb zusätzlich zu den herkömmlichen Instrumenten einiger Maßnahmen, die direkt auf die besonderen Schwierigkeiten der genannten Gruppen zugeschnitten sind: Berufliche Weiterbildung, Mobilitäts- und Eingliederungshilfen sowie Lohnkostenzuschüsse sind nicht ohne spürbaren Erfolg geblieben²⁾.

Bestimmte Gruppen der Bevölkerung weisen jedoch derart komplexe Schwierigkeiten auf, daß es zweifelhaft erscheinen muß, ob die bislang praktizierten Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung allein geeignet sind. Sollen diese Randgruppen aber aus humanitären und aus gesellschaftspolitischen Gründen sinnvoll in das Arbeits- und Berufsleben eingegliedert werden, muß die Arbeitsmarktpolitik tiefer greifen: Sie muß sich dann

spezifisch an der Lebenslage der betroffenen Gruppen orientieren und diese im Sinne einer qualitätsorientierten Politik verbessern wollen³⁾.

Eine typische Problemgruppe dieser Art sind Jugendliche, die – an den heutigen Anforderungen gemessen – nur eine inferiore Ausbildung erhalten haben und die wegen ihres sozialen Hintergrundes oft auch allgemeine Integrationsschwierigkeiten aufweisen. Innerhalb dieser Gruppe existiert jedoch noch ein besonders schwieriger Bereich, dessen Strukturierung erst in letzter Zeit wenigstens in Umrissen deutlich wird. Es ist dies die sog. Zweite Ausländergeneration, die dem Kindesalter inzwischen erwachsen, in zunehmendem Maße in das Bildungssystem und auf den Arbeitsmarkt drängt. Die Fragen, die sich der Politik hier stellen, gehen weit über die herkömmliche nationalstaatliche Problemfeldabgrenzung hinaus, weil viele Schwierigkeiten bereits in der ungeklärten Situation der ersten Gastarbeitergeneration und der hieraus entspringenden Desorientierung angelegt sind⁴⁾. Eine eingehende Ursachenanalyse, ohne die freilich die Politik nicht auskommen kann, steht bislang noch aus. Einige Fakten können aber die Dimension des Problems umreißen und deutlich machen, daß hier eine „gesellschaftliche Zeitbombe“ verborgen liegt, deren Explosion Schaden anrichten kann, wenn sie nicht rechtzeitig entschärft wird.

Die Anzahl der ausländischen Jugendlichen in Westdeutschland hat im letzten Jahrzehnt ständig zugenommen, und zwar trotz des im November 1973 durch die Bundesregierung durchgeführten „Anwerbestopps“ für ausländische Arbeitnehmer. Dies ist auf zwei Ursachen zurückzuführen:

den verhältnismäßig hohen Geburtenüberschuß im ausländischen Bevölkerungsteil und

die ständige Zunahme der Gruppe der nicht-

¹⁾ Vgl. z. B. die Diskussion zwischen R. Soltwedel und U. Engelen-Kefer in: WSI-Mitteilungen, 30. Jg. (1977), S. 302 ff.

²⁾ Vgl. U. Engelen-Kefer: Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik, in: WSI-Mitteilungen, 31. Jg. (1978), S. 182 ff.

³⁾ Vgl. D. Mertens: Arbeitslosigkeit darf kein Dauerschicksal sein, in: FAZ, 26. 7. 1978, S. 6; vgl. auch U. Engelen-Kefer: Problemgruppen des Arbeitsmarktes, in: WSI-Mitteilungen, 31. Jg. (1978), S. 270 ff.

⁴⁾ Vgl. etwa die Darlegung in R. Lohrmann, K. Mannfrass (Hrsg.): Ausländerbeschäftigung und internationale Politik, München 1974.

Prof. Dr. Heiko Körner, 46, ist Ordinarius für Wirtschaftspolitik an der Technischen Hochschule Darmstadt.

erwerbstätigen Familienangehörigen bei der Wanderung nach Westdeutschland.

Während im Jahre 1972 von insgesamt 3,53 Mill. Ausländern 1,23 Mill. zur Gruppe der nichterwerbstätigen Frauen und Kinder gehörten, machten die Nichterwerbstätigen im Jahre 1976 1,92 Mill. von insgesamt 3,95 Mill. Ausländern aus. Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der ausländischen Wohnbevölkerung hat sich dementsprechend von 20 % im Jahre 1973 auf fast 30 % im Jahre 1975 erhöht⁵⁾. Wie Angaben des WSI in der Tabelle 1 zeigen, lebten im September 1977 etwa 226 500 ausländische Jugendliche im Alter von 10–15 und 118 200 von 15–18 Jahren in Westdeutschland. Wahrscheinlich verlassen davon 1978 rund 38 000, 1981 jedoch bereits 49 000 die Schulen, suchen einen Ausbildungsplatz und treten neu auf den Arbeitsmarkt⁶⁾.

Tabelle 1
Kinder ausländischer Arbeitnehmer
in der Bundesrepublik Deutschland

Alter von ... bis unter ... Jahren	30. 9. 75	30. 9. 76	30. 9. 77	1978	1979	1980	1981
0–1	58 787	57 200	50 855				
1–2	70 363	69 100	67 658				
2–3	68 437	70 300	69 879				
3–4	68 518	70 000	71 324				
4–5	66 360	69 800	71 853				
zus.	332 465	336 400	331 569				
5–6	63 577	66 800	70 917				
6–7	60 653	61 500	65 053				
7–8	58 306	58 200	59 705				
8–9	50 547	56 600	57 836				
9–10	48 350	49 600	56 578				
zus.	281 433	292 700	310 089				
10–11	45 495	48 200	49 870				
11–12	42 457	45 400	49 075				49 075
12–13	37 948	42 400	46 377			46 377	
13–14	35 769	37 500	43 046		43 046		
14–15	33 475	35 400	38 141	38 141			
zus.	195 144	208 900	226 509				
15–16	37 345	34 100	37 078				
16–17	39 241	40 000	37 201				
17–18	43 670	40 500	43 868				
zus.	120 256	114 600	118 145				
Ges. 0–18 ¹⁾	929 298	952 600	986 312				

1) 1975 ohne rd. 244 000, 1976 ohne rd. 243 000, 1977 ohne rd. 248 129 Personen, die nicht nach Alter aufgeschlüsselt wurden.
Quelle: WSI-Mitteilungen, 31. Jg. (1978), S. 354.

Die Anzahl der ausländischen Jugendlichen wird sich in Zukunft noch über diese Zahlen hinaus erhöhen. Darauf deuten die mit längerer Verweildauer zunehmenden Eheschließungen zwischen in Westdeutschland lebenden ausländischen Arbeitnehmern hin⁷⁾. Außerdem wünschen etwa 1,4 Mill. Frauen und Kinder im Zuge der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik umzusiedeln⁸⁾.

Demgegenüber hat die Rückwanderung für die Jugendlichen nur geringe Bedeutung. Sie tritt – verursacht durch die Arbeitsmarktlage und die restriktive Ausländerpolitik – vor allem bei den älteren Arbeitnehmern auf⁹⁾. Deshalb ist damit zu rechnen, daß der überwiegende Teil tatsächlich in das Ausbildungssystem und den Arbeitsprozeß integriert werden muß. Formelle Hindernisse stehen dem auch nicht entgegen, weil Jugendlichen, die entweder hier geboren sind oder vor ihrer Volljährigkeit seit mehr als fünf Jahren bei ihren Eltern in Westdeutschland lebten, auch eine Arbeiterlaubnis zusteht. Insoweit ist die Bundesrepublik faktisch ein Einwanderungsland.

Schlechte Schulbildung

Die Probleme der ausländischen Jugendlichen beginnen bereits in der Schule. Die Anpassungs- und Akkulturationsschwierigkeiten der ersten „Gastarbeitergeneration“ reproduzieren sich hier, und zwar verstärkt, weil die Ausländerkinder in eine direkte Konkurrenzsituation mit ihren deutschen Altersgenossen treten. Der Bildungs- und Erfahrungshintergrund der Elternhäuser ist – allerdings nach Nationalitäten unterschiedlich – oft inferior, weil bei der Vermittlung von Arbeitskräften nach Deutschland überwiegend technische Fertigkeiten und körperliche Fähigkeiten wichtige Auswahlkriterien darstellten und die westdeutsche Ausländerpolitik, zum Teil aus Desinteresse, zum Teil um Konflikte mit den Entsendeländern zu vermeiden, eine Förderung der qualitativen Integration ausländischer Arbeitnehmer unterließ¹⁰⁾. Indizien deuten zudem darauf hin, daß mindestens in einzelnen nationalen Gruppen die Elternhäuser anspruchsvolle Bildungsziele setzen – und sei es nur aus Hochachtung vor dem traditionell als vorbildlich empfundenen deutschen Bildungssystem¹¹⁾.

Die Realität weicht allerdings von solchen Idealvorstellungen erheblich ab: Zunächst besucht ein nicht geringer Teil der Ausländerkinder noch immer überhaupt keine Schule. Denn gemessen an der Zahl der schulpflichtigen ausländischen Kinder hätten im Schuljahr 1976/77 z. B. im gesamten Bundesgebiet etwa 40 000 Kinder die all-

5) Nur vorübergehende Entlastung des Arbeitsmarktes durch Rückwanderung ausländischer Arbeitnehmer, in: DIW-Wochenbericht, 45. Jg. (1978), S. 125 ff., insbes. S. 126.

6) Zur schulischen und beruflichen Situation der Kinder ausländischer Arbeitskräfte in der BRD, in: WSI-Mitteilungen, 31. Jg. (1978), S. 354 ff., insbes. S. 354.

7) Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: Ausländische Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen – Zahlenspiegel Ausgabe 1977, Düsseldorf 1977, S. 75.

8) DIW-Wochenbericht, 45. Jg. (1978), S. 131.

9) DIW-Wochenbericht, 45. Jg. (1978), S. 127.

10) Vgl. den kritischen Überblick von U. Mehrländer in: E. Gehmacher, D. Kubat, U. Mehrländer (Hrsg.): Ausländerpolitik im Konflikt, Bonn 1978, S. 115 ff.

11) Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung: Rückkehr oder Verbleib – Eine Befragung griechischer Arbeiter, St. Augustin 1978, S. 41, S. 91 ff.

gemeinbildenden Schulen verlassen müssen. Tatsächlich waren es aber nur rund 29 000. Das bedeutet, daß etwa 30 % der Kinder den Schulen entzogen wurden¹²⁾. Zudem ist die Qualität der Schulbildung, die den ausländischen Kindern vermittelt wird, vergleichsweise schlecht. Dies zeigt sich bereits bei einer Betrachtung der Quoten, die auf ausländische Schüler an den verschiedenen Schularten entfallen: In Nordrhein-Westfalen machten z. B. die Kinder von Arbeitnehmern aus Südeuropa im Jahre 1976 etwa 4 % aller Schüler an allgemeinbildenden Schulen aus. Die meisten ausländischen Kinder besuchten jedoch die Grundschule: Der entsprechende Anteil an allen Schülern betrug hier knapp 7 %, an Hauptschulen gut 5 %. Schulen, die höher qualifizierte Abschlüsse vermitteln, weisen hingegen zum geringen Teil Kinder ausländischer Arbeitnehmer auf: An Realschulen belief sich die Ausländerquote auf knapp 1 %, an Gymnasien auf 0,5 % und an berufsbildenden Schulen auf gut 2 %¹³⁾.

Sogar im Bereich der Grundschulen ist die Ausbildung der ausländischen Kinder außerordentlich problematisch. Bereits in den sog. Vorbereitungsklassen, die als Integrationshilfe für Kinder eingerichtet werden, deren Deutschkenntnisse für die Teilnahme am Normalunterricht nicht ausreichen, herrschen oft Verhältnisse, die weder die Sozialisation noch die Ausbildung der betroffenen Kinder begünstigen. Deutsche Lehrer sind für diese Klassen offensichtlich nur bedingt einsatzfähig: Nach Angaben des Schulamtes in Frankfurt sind im Schuljahr 1977/78 von den 1 307 für Ausländerkinder zugewiesenen Pädagogen nur 404 wirklich eingesetzt worden, weil die erforderlichen Fähigkeiten beim Rest nicht gegeben waren¹⁴⁾. Werden Lehrer aus den Heimatländern in den Vorbereitungsklassen eingesetzt, sind diese häufig überfordert. Zudem ist gerade deren Bildungsauftrag ein ständiger Zankapfel zwischen den offiziellen ausländischen Interessenvertretern und den deutschen Schulträgern. So vermitteln die Vorbereitungsklassen nur zu oft das Bild von „Zwerg-Heimatschulen“, aus denen viele Kinder den Abspung in den Normalunterricht nicht schaffen¹⁵⁾.

Aber auch für die in die deutschen Normalklassen übergegangenen Kinder ergeben sich große Schwierigkeiten: Der für Ausländerkinder vorgesehene muttersprachliche Sonderunterricht in „heimatspezifischen“ Fächern soll zwar die kulturelle Bindung an das Heimatland (und an die oft des Deutschen nicht hinreichend mächtigen Elternhäuser) sichern, bedeutet jedoch für die ausländischen Schüler eine oft unzumutbare Mehrbelastung und ein Versäumnis an deutschsprachigem Unterricht. Deshalb ist für diese Kinder eine kontinuierliche und erfolgreiche Mitarbeit in den Normalklassen

nicht möglich. Die ausländischen Eltern können ihren Kindern kaum die erforderliche Hilfe bieten. Neben Sprachschwierigkeiten und allgemeinem Kontaktmangel wird als Grund oft die Tatsache angeführt, daß auch die Ehefrauen überwiegend berufstätig sind und Schulbesuch und Schularbeiten nicht beaufsichtigen können¹⁶⁾.

Die Konsequenz ist, daß heute nur etwa 50–60 % der ausländischen Kinder den deutschen Hauptschulabschluß erreichen¹⁷⁾. So verließen etwa in Nordrhein-Westfalen nach Beendigung der Volksschulpflicht im Jahre 1976 von insgesamt 4008 ausländischen Jugendlichen 2325 Schüler lediglich mit einem einfachen Abgangszeugnis die Schule. Ein Abschlußzeugnis mit Qualifikationsvermerk erhielten sogar nur 396 ausländische Schüler¹⁸⁾.

Mangelnde Berufsausbildung

Die Chancen der ausländischen Jugendlichen, eine sozial sinnvolle und wirtschaftlich befriedigende Position im Berufs- und Arbeitsleben zu erhalten, sind angesichts dieser Ausgangslage schlecht. Tatsächlich besuchten im Schuljahr 1976/77 von den rund 170 600 ausländischen Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 19 Jahren, die nicht mehr allgemeinbildenden Unterricht erhielten, nur 60 000, d. h. rund 35 %, berufliche Schulen aller Art. Der Rest genießt keinerlei berufliche Bildung¹⁹⁾. Offensichtlich fehlt es an der Motivation zum Besuch von Berufsschulen: Da mit dem Besuch der Berufsschule kein Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz vermittelt werden kann, wird die Berufsschulbildung von den Jugendlichen subjektiv oft als überflüssig empfunden²⁰⁾.

Dem entspricht, daß diejenigen jugendlichen Ausländer, die überhaupt eine Beschäftigung finden, überwiegend als ungelernte Arbeiter oder als Anlernlinge eingestellt werden. Nach einer im Jahre 1976 in Baden-Württemberg durchgeführten Betriebsbefragung lag der Anteil der nichtqualifizierten jugendlichen Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Jugendlichen für Deutsche bei knapp 38 %, bei Ausländern jedoch bei 74 %²¹⁾. Unterstellt man gleich-

¹²⁾ M. Leve: Die Gastarbeiterkinder verlangen ihr Recht, in: FAZ, 17. 8. 1978, S. 9.

¹³⁾ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, a. a. O., S. 75.

¹⁴⁾ Vgl. FAZ, 4. 9. 1978, S. 25 (Zeitung für Frankfurt).

¹⁵⁾ WSI-Mitteilungen, 31. Jg. (1978), S. 356.

¹⁶⁾ Marplan: Gastarbeiter in Deutschland 1978, Ergebnisse zur sozialen Situation, Offenbach 1978, Tabellenband, Tab. 50 ff.; entsprechend auch Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung, a. a. O., S. 38 f.

¹⁷⁾ M. Leve, a. a. O.

¹⁸⁾ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, a. a. O., S. 106.

¹⁹⁾ M. Leve, a. a. O.

²⁰⁾ Mitteilungen zur Ausländerarbeit in Mannheim, Nr. 4, Mai 1978, S. 15.

²¹⁾ Ergebnisse einer Untersuchung von E. Gaugler und W. Weber im Rahmen des Forschungsschwerpunktes „Probleme der Ausländerbeschäftigung“, in: Personal, 5/1978, S. 203 f.

bleibende Verhältnisse, so werden bis zum Jahre 1985 etwa 280 000 ausländische Jugendliche ohne Berufsausbildung bleiben. Wahrscheinlich kommt es aber bei fortbestehendem Mangel an Ausbildungsplätzen und geringen Ausbildungskapazitäten zu einer noch stärkeren Benachteiligung der ausländischen Jugendlichen, weshalb die Zahl der nicht ausgebildeten ausländischen Jugendlichen tatsächlich höher liegen wird²²⁾.

Nicht oder schlecht ausgebildete Bewerber tun sich schon heute schwer auf dem Arbeitsmarkt²³⁾. Sie werden auch in Zukunft immer schlechter Arbeitsplätze finden können. Nach einer Prognose des DIW wird sich die generelle Arbeitsmarktlage Mitte der achtziger Jahre keineswegs verbessern: Werden die heute vorherrschenden Gegebenheiten in die Zukunft fortgeschrieben, so wird bei einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,5 % pro Jahr im Jahre 1985 einem Erwerbspersonenpotential (inkl. Ausländer) von 26,8 Mill. lediglich ein Arbeitsplatzangebot von 24,2 Mill. gegenüberstehen. Es fehlen dann 2,6 Mill. Arbeitsplätze²⁴⁾.

Zukunftsaussichten

Selbst wenn unter veränderten Bedingungen höhere Wachstumsraten realisiert würden, ließe sich zwar das allgemeine Arbeitsplatzdefizit reduzieren, nicht jedoch die Tatsache aus der Welt schaffen, daß qualitativ minderwertige Arbeitskräfte immer weniger nachgefragt werden, weil auch dann nur jene Branchen absolut expandieren, die ausbildungsintensiv sind und gut ausgebildete Arbeitskräfte beschäftigen. Schon unter Status quo-Bedingungen dürften sich die Bereiche Energie, Chemie, Stahlverarbeitung, Einzelhandel, Kredit- und Versicherungswesen und übriges Dienstleistungsgewerbe noch absolut ausdehnen und zusätzliche Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Bei stärkerem Wirtschaftswachstum (3–4 % pro Jahr) werden zudem auch der Maschinen- und Fahrzeugbau wie auch die Elektrotechnik im Verhältnis zur Entwicklung aller Branchen zunehmen²⁵⁾. Absolut abnehmen werden hingegen die Arbeitsplätze in jenen Branchen, die vorwiegend einfache, schlecht ausgebildete Arbeitskräfte entweder in arbeitsintensiven Fertigungen einsetzen oder die solche Arbeitskräfte in der Massenproduktion mit nicht voll automatisierten Anlagen kombinieren.

Diese Entwicklungslinien erfordern zwangsweise eine Abkehr von der für Ausländer heute noch typischen Beschäftigung an einfachen Arbeitsplätzen der Metall-, Leder-, Gummi- und Textilindustrie, in der Holzverarbeitung und im Baugewerbe, in denen die Mehrzahl aller nichtdeutschen Eltern und Jugendlichen ihren Erwerb fin-

det. Deshalb stellt sich die Aufgabe, die Ausbildung der jugendlichen Ausländer nicht nur allgemein zu verbessern, um deren generelle Position auf dem angespannten Arbeitsmarkt zu verstärken, sondern auch spezifisch auf jene „Wachstumsbranchen“ auszurichten, die bei gedämpfter Arbeitsmarktlage noch Aussicht auf Beschäftigung eröffnen. Neben der Vorbereitung auf qualifizierte Berufe im Bereich der verarbeitenden Industrie sollte auch die Ausbildung für selbständige Tätigkeiten im Handwerk und Handel nicht vernachlässigt werden. Freilich müßten dann auch die heute noch bestehenden gesetzlichen Schranken beseitigt werden, die Ausländern den Eintritt in selbständige Gewerbe verwehren.

Integrationsmaßnahmen

Zusammenfassend muß festgestellt werden: Die Arbeitsmarktentwicklung begünstigt den Eintritt der ausländischen Jugendlichen in den Arbeitsmarkt nicht. Wenn diese im Wettbewerb mit den besser qualifizierten deutschen Jugendlichen nicht unterliegen und dann sozial marginalisiert werden sollen, muß sowohl ihre allgemeine Schulbildung als auch die Berufsausbildung verbessert werden. Daß hierzu das Instrumentarium der globalen Beschäftigungspolitik wie auch die neueren Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung nicht ausreichen, ist evident. Die Förderung muß die Lebenslage der ausländischen Jugendlichen insgesamt verbessern, um Chancengleichheit herzustellen: Sie sollte bereits bei den Familien der ausländischen Arbeitnehmer ansetzen, die dringend erforderliche Reform der Schulbildung für ausländische Kinder (unter Nutzung der vorliegenden, oft durchaus positiven Erfahrungen aus kommunalen Schulversuchen) aufgreifen und die Berufsschulen stärker auf die Bedürfnisse der Ausländer nach einer praxisnahen Ausbildung orientieren. Nicht zuletzt aber erfordert dies alles, daß endlich eine politische Konzeption entwickelt und durchgesetzt wird, die dem ausländischen Bevölkerungsteil zur Integration in die westdeutsche Gesellschaft verhilft. Die zur Zeit noch vorherrschende, im Hinblick auf die erste Ausländergeneration entwickelte Konzeption der „Integration auf Zeit“ wird für die „Zweite Generation“ sicherlich nicht mehr anwendbar sein.

²²⁾ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Kurzbericht, 29. 5. 1978, S. 4.

²³⁾ Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland 1978, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 11. Jg. (1978), S. 50 ff., insbes. S. 63 f.

²⁴⁾ Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, in: DIW-Wochenbericht, 45. Jg. (1978), S. 147 ff., insbesondere S. 150 ff.

²⁵⁾ W. Klauder, P. Schnur: Mögliche Auswirkungen der letzten Rezession auf die Arbeitsmarktentwicklung bis 1990. Modellrechnung nach 26 Sektoren und globale Arbeitsmarktbilanz unter alternativen Annahmen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 9. Jg. (1976), S. 237 ff., insbes. Tabelle 7, S. 262/263.